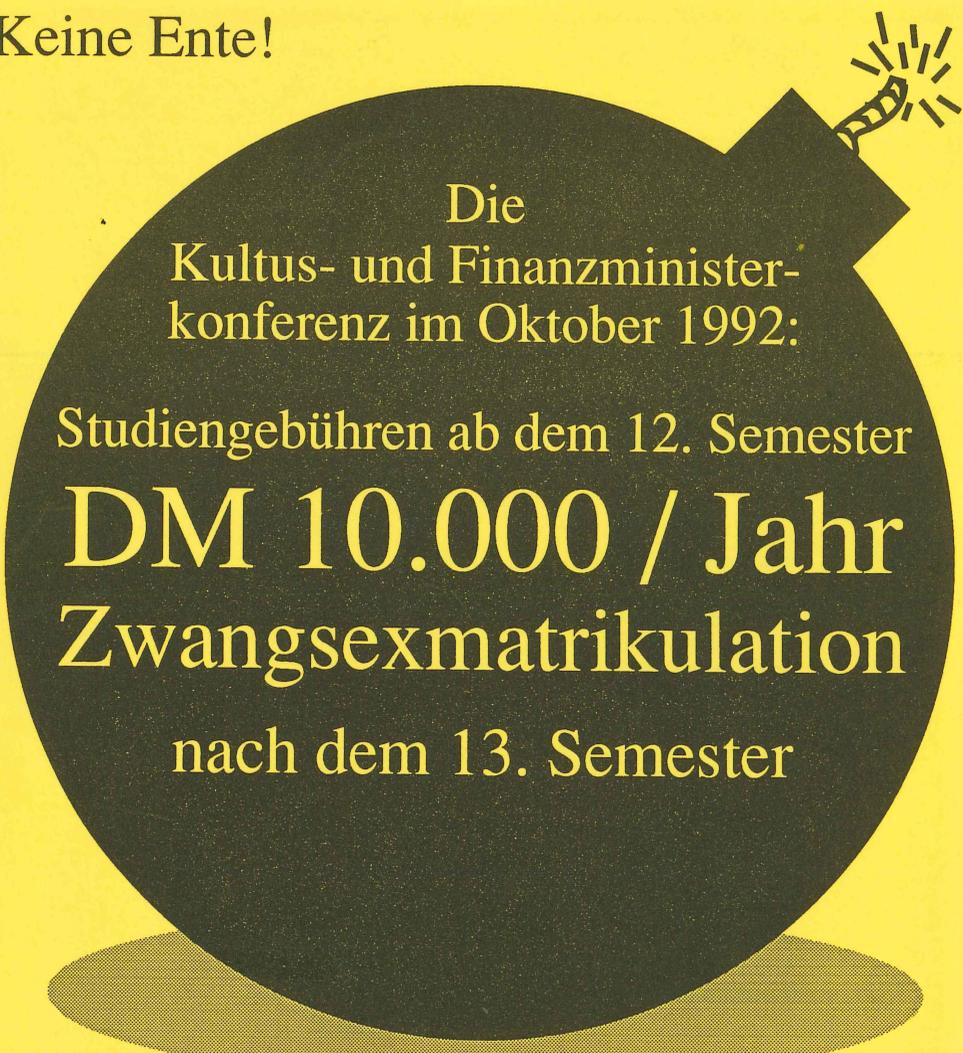


# OUTPUT

Zeitschrift der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten

Keine Ente!



Die  
Kultus- und Finanzminister-  
konferenz im Oktober 1992:

Studiengebühren ab dem 12. Semester

**DM 10.000 / Jahr**

**Zwangsexmatrikulation**

nach dem 13. Semester

Dez. '92

# IMPRESSUM

OUTPUT ist die Zeitschrift der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten. Sie wird herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Informatik. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Jürgen

Mark

Jan. Becker  
Thomas

Marc

V.i.S.d.P: Britta Slopianka, Turnstr. 7, 8520 Erlangen

Datum: 1.12.1992

Auflage: 1200

Druck: Druckladen, Bismarckstraße

## INHALT:

Impressum / Inhalt	2
Änderung der Prüfungsordnung	3
Prüfungsstatistik	4
Die Fehlertoleranten	8
Fachbereichsrat	10
Fotowettbewerb	11
Bericht von der 20.5-ten KIF	12
Unverschämtes von den KultusministerInnen	14
Das KMK/FMK-Papier zur Studienzeiterkürzung	16
Informatik-Forum	19
KIF-Resolution zum KMK/FMK-Papier	20
Wir haben kein Ausländerproblem	22
Das Katholikenproblem	25
Zahlen und Fakten zum Thema Asyl	26
Ausländer	28
Rechtsverkehr	30
Der Sinn des Lebens	31

## Wieder mal eine Änderung der Prüfungsordnung

Gerade rechtzeitig zu Beginn dieses Wintersemesters ist die 10. Satzung zur Änderung der Fachprüfungsordnung (FPO) Informatik in Kraft getreten. Sie beinhaltet als wesentliche Punkte die Abschaffung der Pflichtfachregelung im Hauptstudium und die Möglichkeit, Graphische Datenverarbeitung als Prüfungsfach zu wählen. Das bedeutet im einzelnen:

- Das Fach „Graphische Datenverarbeitung“ ist als Prüfungsfach in der *dritten* Säule wählbar, diese Säule umfaßt somit jetzt die Fächer

3) Datenbanksysteme, Mustererkennung, Kommunikationssysteme, Technische Elektronik, Künstliche Intelligenz und Graphische Datenverarbeitung

- Die bisherige Pflichtfachregelung wird ausgeweitet und damit de facto abgeschafft. Nach der alten Prüfungsordnung mußte in den 4 *Pflichtfächern*

Automatentheorie, Algorithmische Sprachen, Rechnerarchitektur, Betriebssysteme

je entweder ein Schein oder eine Prüfung abgelegt werden. Die neue Regelung besagt, daß in jeder der beiden Säulen

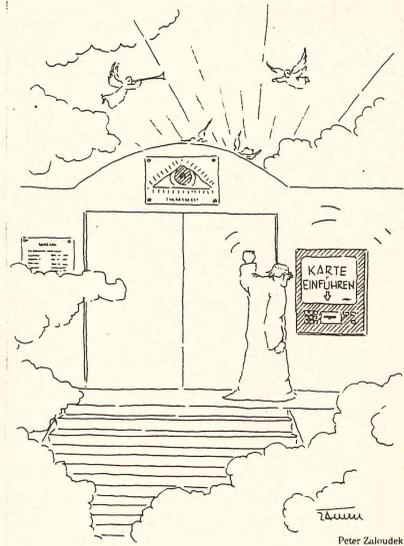
1) Theoretische Informatik, Algorithmische Sprachen und Künstliche Intelligenz

2) Rechnerarchitektur, Betriebssysteme und Kommunikationssysteme

je eine Prüfung (wie bisher) und je ein *Schein über eine einführende Lehrveranstaltung* gemacht werden muß. Dies umfaßt die alte Regelung und bedeutet, daß z. B. statt eines (Pflicht-)Scheins in AT bzw. AS in der ersten Säule auch ein KI-Schein gemacht werden kann, analog ist in der zweiten Säule statt eines (Pflicht-)Scheins in RA bzw. BP nun auch ein Schein in KS möglich.

Dazu noch einige Anmerkungen:

- Selbstverständlich kann nicht in einem Fach ein Schein *und* eine Prüfung abgelegt werden, ebenso wie Ihr in KS und KI nur in *einer* Säule einen Schein *oder* eine Prüfung machen könnt.
- Nach wie vor braucht Ihr mindestens 4 Scheine über mindestens 14 Stunden. Das hat zwar nicht unbedingt mit der aktuellen PO-Änderung was zu tun, aber z.B. damit, daß die AS-Scheine nur noch vierstündig sind, d.h. es kann Euch passieren, daß Ihr einen „kleinen“ Schein mehr machen müßt, wenn Ihr einen AS-Schein einreichen wollt.

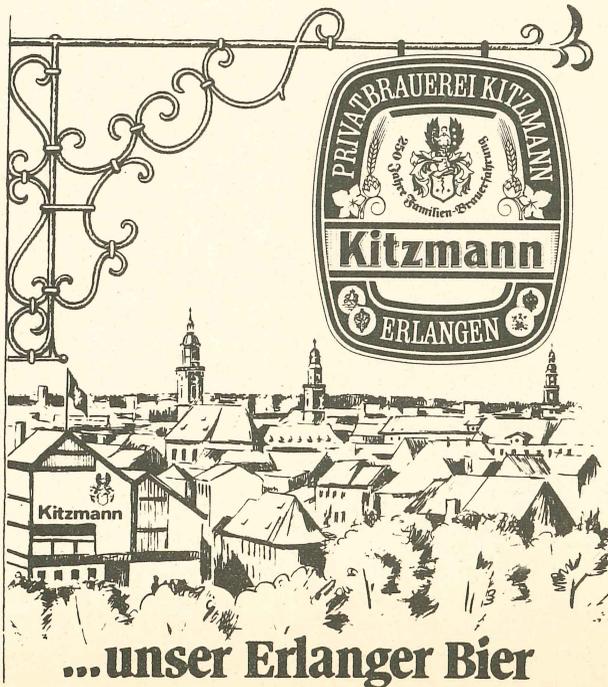


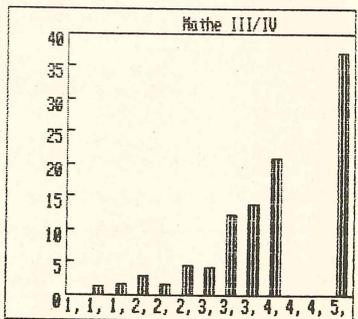
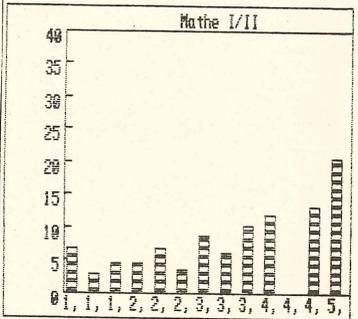
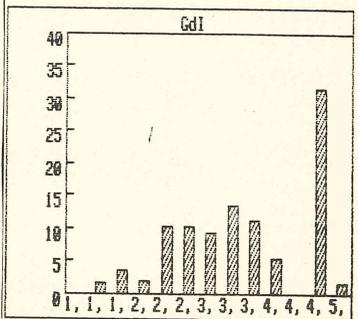
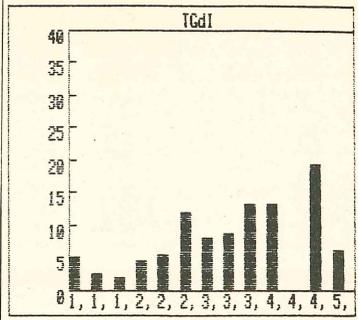
# PRÜFUNGSSTATISTIK

Die Durchfallquoten im Prüfungszeitraum Oktober 1992 halten sich in einigermaßen erträglichem Rahmen: TGdI 25,6 %, Mathe I/II 33,7 %, Mathe III/IV 37,0 % und GdI 33,2 %. Das goldene Sieb für die höchste Durchfallquote bekommen also diesmal Prof. Kirsch und Dr. Graef verliehen.

Die Lücken bei der 4,3 in der Statistik erklären sich daher, daß die Note 4,3 als Endnote bei Prüfungen seit dem letzten Jahr nicht mehr vergeben werden darf. Am Lehrstuhl Dejon scheint mensch das entweder auch auf die 4,7 bezogen zu haben, oder aber es wurde so weit hoch- und runterkorrigiert, daß niemand mehr in die Punktespanne für die 4,7 fiel.

Wir haben uns auch die Mühe gemacht, die GdI-Ergebnisse nach den Noten in den einzelnen Teilgebieten aufzuschlüsseln: 21,3 % haben den ersten Teil (Dal Cin) nicht bestanden, 42,5 % den Leeb-Teil (das sind erfreulich wenige), 33,5 % den Schneider-Teil und 22,2 % den Hofmann-Teil. Übrigens haben die ganz überwiegende Mehrheit derjenigen, die in GdI durchgefallen sind, deswegen nicht bestanden, weil sie in mindestens 2 Teilen schlechter als 4,0 waren; nur ganz wenige sind wegen eines Gesamtdurchschnitts schlechter als 4,0 durchgefallen.





Vordiplomprüfungen Oktober 1992

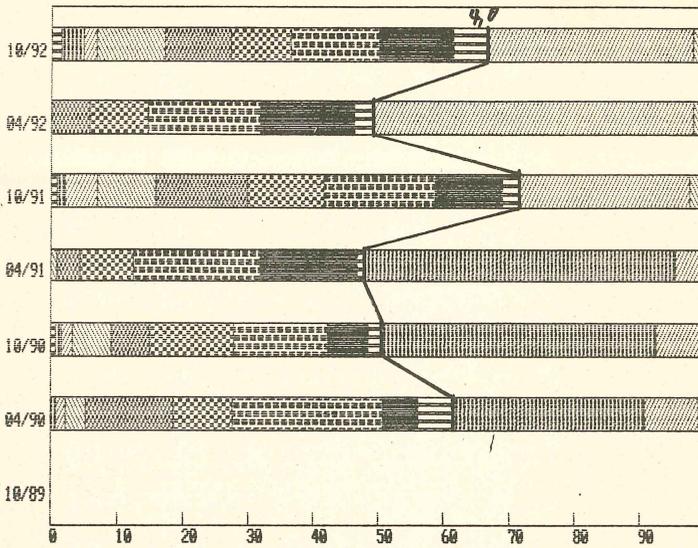
(Angaben in Prozent)

Prüfungstatistik Vordiplom Informatik

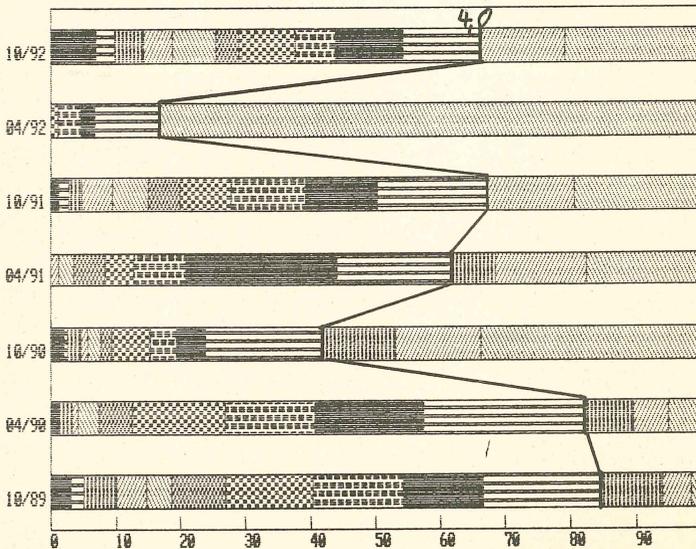
Oktober 1992	10/92: durch-					04/92: durch-								
	gef.	Schnitt	Gesamt	gef.	Schnitt	Gesamt	gef.	Schnitt	Gesamt					
Tgdi (Kunze/Unbehauen/Settzer)	8	4	1,3	1,7	2,0	2,3	2,7	3,0	3,3	3,7	4,0	4,3	4,7	5,0
Mathe I/II (Grabmüller)	12	5	8	8	12	6	15	11	18	21	13,1	13,1	19,4	6,3
Mathe III/IV (Kirsch/Braef)	0	2	2	3	5	3	8	7	21	24	36	0	64	0,0
Gdi (Dal Cin/Leeh/Schneider/Hofmann)	0	0	1,2	1,7	2,9	1,7	4,6	4,0	12,1	13,9	20,8	11	65	37,0
	0	0	1,5	3,4	2,0	10,2	10,2	9,3	13,7	11,2	5,4	31,7	1,5	

Oktober 1992	10/92: durch-					04/92: durch-						
	gef.	Schnitt	Gesamt	gef.	Schnitt	Gesamt	gef.	Schnitt	Gesamt			
Tgdi (Kunze/Unbehauen/Settzer)	160	41	25,6	3,42	73	19	28,0	3,48	215	50	23,3	3,42
Mathe I/II (Grabmüller)	175	59	33,7	3,50	89	74	83,1	4,79	254	83	3,72	
Mathe III/IV (Kirsch/Braef)	173	64	37,0	3,98	84	19	22,6	3,83	122	27	3,41	
Gdi (Dal Cin/Leeh/Schneider/Hofmann)	205	68	33,2	3,55	69	35	50,7	4,03	228	65	28,5	3,46
	100,0				100,0				100,0			

Vordiplomprüfungen GdI



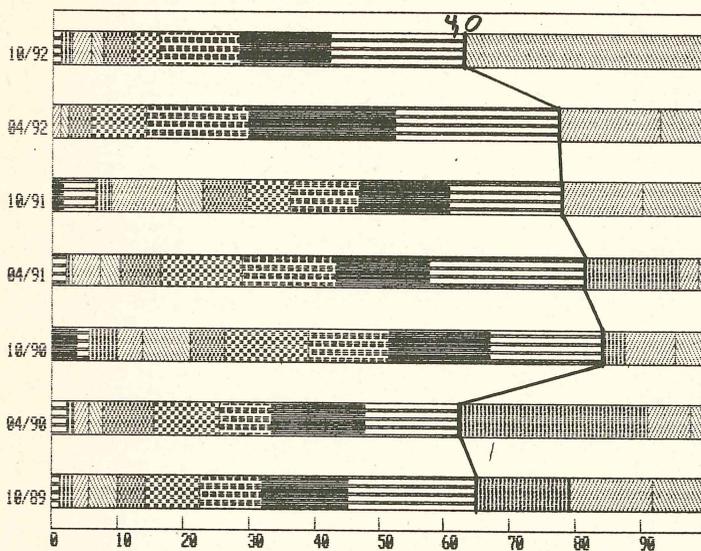
Vordiplomprüfungen Mathe I/II



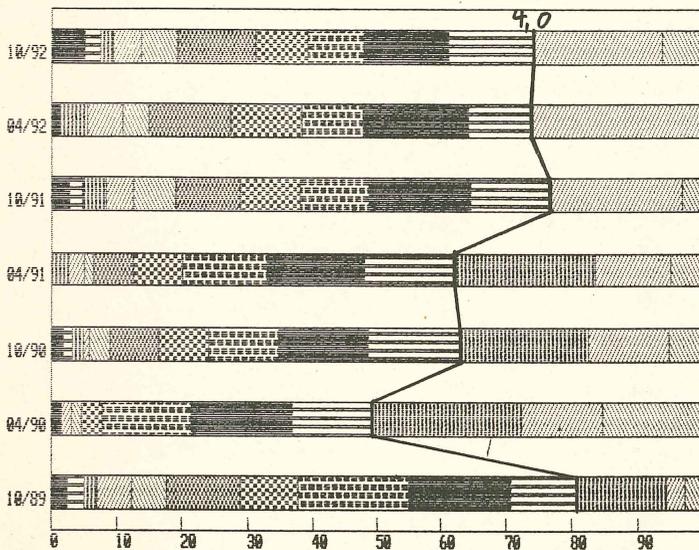
1,0  
  1,3  
  1,7  
  2,0  
  2,3  
  2,7  
  3,0  
  3,3  
  3,7  
  4,0

(Angaben in Prozent)

Vordiplomprüfungen Mathe III/MR I



Vordiplomprüfungen TdG1



1,0  
  1,3  
  1,7  
  2,0  
  2,3  
  2,7  
  3,0  
  3,3  
  3,7  
  4,0  
 4,3  
 4,7  
 5,0

(Angaben in Prozent)

## Die Fehlertoleranten

Lehrstuhl III, das Oktalsystem und die Boolesche Algebra

Alle halben Jahre wieder trifft es sich, daß eine GDI-Vordiplomsklausur ins Haus steht. Und es herrscht großes Wehklagen unter den Aufgabenstellern.

Lehrstuhl 3, immer um Aktualität bemüht, fand eine wunderbare Aufgabe in der Vordiplomsklausur vom Vorjahr, nämlich:

$$(3707)_8 = (1991)_{10}$$

Zur Wahrung der Aktualität mußte man es natürlich auf  $(1992)_{10}$  anpassen. Dazu reicht es, die vorgegebene Zahl zu inkrementieren. In Ermangelung eines oktalen Abakus mußte dies von Hand geschehen, was zu folgendem Ergebnis führte:

$$(3708)_8$$

Dieses elementare Unverständnis der Materie mußte während der Klausur von den StudentInnen geklärt werden.

Doch nicht genug, auch die Musterlösung wies einen weiteren Fehler auf:

Folgende Musterlösung ist die DNF einer Schaltung:

$$(x \wedge y) \vee \bar{x} \vee y$$

Die nun folgende Lösung wurde als völlig falsch bewertet:

$$\bar{x} \vee y$$

Nun unser kleiner Nachhilfekurs in Boolescher Algebra (Klar, Rainer: Digitale Rechenautomaten, S. 66f). Wir führen die Lehrstuhlmusterlösung durch Umformungen in die falsche über:

$$(x \wedge y) \vee \bar{x} \vee y$$

$$\text{I} \\ = (x \wedge y) \vee y \vee \bar{x}$$

$$\text{II} \\ = (x \wedge y) \vee (1 \wedge y) \vee \bar{x}$$

$$\text{III} \\ = ((x \vee 1) \wedge y) \vee \bar{x}$$

$$2 \\ = (1 \wedge y) \vee \bar{x}$$

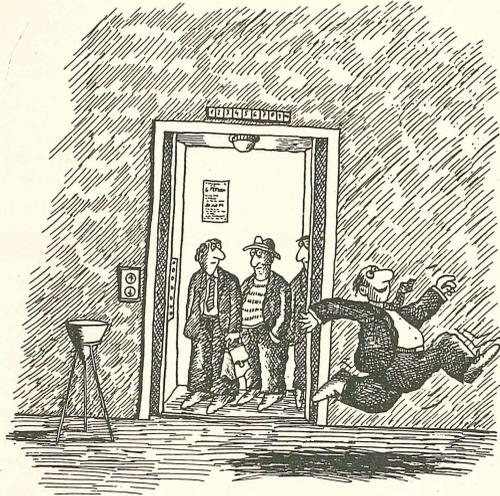
$$\text{II} \\ = y \vee \bar{x}$$

$$\text{I} \\ = \bar{x} \vee y$$

Wir empfehlen den KorrektorInnen ein lehrstuhlinternes Repetitorium, Anmeldung unter Tel. 7911.

Aufgrund der bei GDI üblichen Bewertungsmethoden, müssen wir dem Lehrstuhl 3 wegen nicht ausreichender Leistung in 2 Teilen (Teil1 und Teil2) mitteilen, daß er durchgefallen ist und zur nächsten Klausur im April wieder antreten muß.

Da auch schon die Vorgänger Probleme mit Zahlendarstellungen hatten (April 91), wünschen wir den AufgabenstellerInnen viel Glück für die Zweitwiederholung.



*Immer rechnete er mit dem Schlimmsten.  
Im Fahrstuhl dachte er, daß in den  
nächsten drei Sekunden das Seil reißen  
würde.  
Passierte das nicht, war er glücklich  
als je zuvor.*

27.11. EV

### Vorschlag zur Hochschulreform Für Stubiengebühr

Zum Ausgleich Stipendien vermehren

BONN (dpa) — Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat eine grundlegende Neuorientierung des Hochschulsystems mit Einführung von Stubiengebühren und einem Kolleggeldsystem für Professoren gefordert.

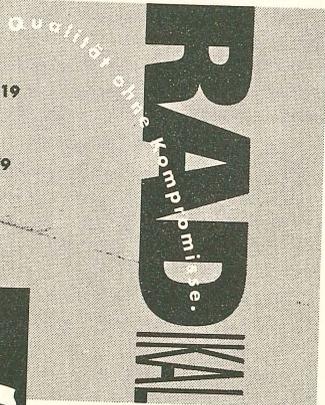
Wie seine Vorstandsmitglieder in Bonn erläuterten, solle die Einführung von Stubiengebühren durch ein großzügiges Stipendienwesen begleitet werden, das jedem Begabten unabhängig von seiner sozialen Herkunft ein Studium ermögliche. Die jetzigen Regelungen der Ausbildungsförderung (Bafög) sollte dafür abgeschafft werden. Die Professorengehälter seien einzufrieren und durch ein „ausgewogenes Kolleggeldsystem zu differenzieren“. Die Hochschulen müßten sich zu einem „angemessenen Teil“ aus den Stubiengebühren selbst finanzieren.

Zu den weiteren Forderungen der als konservativ eingestuften Akademikervereinigung gehört, daß zu einer „soliden Bildungspolitik“ zurückgekehrt werden müsse, die sich in erster Linie nicht an der Studentenzahl orientiere, sondern Qualität verlange. Alarmierend sei, daß in verschiedenen Fachbereichen mehr als 30 Prozent der Studierenden scheiterten.

#### Weg vom „Prestigedenken“

Deutliche Kritik wurde an der „vielfach von westdeutschen Politikern und Professoren betriebenen“ Hochschulplanung in den neuen Bundesländern geübt, die sich endlich vom „Prestigedenken“ verabschieden und sich am finanziell Machbaren orientieren müsse. Als Beispiel nannte die Vereinigung die neue Hochschule in Potsdam, an der in einer Reihe von Fächern auf einen Schlag genauso viele hochdotierte C4-Stellen eingerichtet würden, wie sie an der Universität München für 60 000 C4-Stellen existieren.

Fahrradladen  
Lazarettstraße &  
Wilhelminenstraße 19  
Erlangen  
Tel. 0 91 31 / 50 11 79



Gillitzer & Mollat

# TBR

## Bericht aus dem Faschingsbereichsrat

Für all diejenigen, die die Ergebnisse der letzten Hochschulwahlen noch nicht kennen: Seit WS 1992 gibt es wieder eine studentische Vertreterin der Informatik im Fachbereichsrat der Technischen Fakultät.

Die nichtöffentliche Prunksitzung fand am 11.11.1992 statt. Neben den üblichen Büttensreden gab es auch einige interessante Neuigkeiten:

Zu Gast war Prof. Vieweg von der Juristischen Fakultät. Er leitet das Institut für Recht und Technik und beschäftigt sich u.a. mit Rechtsinformatik und Datenschutz und will auch Seminare zum Thema Technik- und Umweltrecht anbieten.

Bis jetzt scheiterte die Wahl von Jura als Nebenfach für Informatik immer an der Weigerung der Jura-Prof's Informatik-Studierende zu prüfen. Falls Ihr Interesse an Jura als Nebenfach habt, solltet Ihr es mit einem Antrag ruhig mal wieder versuchen. Was der Antrag enthalten muß (Begründung, Prüfer, Lehrplan etc.), könnt Ihr bei uns im FSI-Zimmer erfragen.

Die Änderung der Fachprüfungsordnung Informatik bzgl. der Pflichtenhefte in der 1. und 2. Säule im Hauptstudium ist offiziell genehmigt worden. (siehe gesonderten Artikel)

Diskutiert wurde auch die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die im Ausland (z.B. über offizielle Austauschprogramme) erbracht werden. Bis jetzt herrscht in dieser Hinsicht einiges Wirrwarr. Richtlinien für die Anerkennung sollen in Zukunft in die Fachprüfungsordnung oder Rahmenprüfungsordnung integriert werden. Auf jeden Fall ist es ratsam, sich vor einem Auslandssemester nach der Anerkennung zu erkundigen.

Erstaunt war ich dann, als die Idee aufkam, eine Vorlesung mit dem Titel "Technikgeschichte" für alle Studiengänge der Tech-Fak anzubieten. Meine anfängliche Freude über diesen Einfall wurde aber rasch gedämpft, als sich herausstellte, daß die Vorlesung rein "historisch" sein sollte. Die gesellschaftlichen

Auswirkungen sollten doch bitte draußen bleiben, denn die haben mit Technikgeschichte doch überhaupt nichts mehr zu tun. Mein Einwand, die Entwicklung von Technik und Gesellschaft ließen sich überhaupt nicht trennen (mensch denke z.B. an die industrielle Revolution, ...), fand lediglich bei Professor Feldmann (Fertigungstechnik) aktive Unterstützung.

Auf die Frage von Thomas von der AGT, ob mensch sich eine solche Vorlesung als kleinen Schein anrechnen lassen könne, entgegnete der Vorsitzende des Elferrats, daß Thomas als Student sofort wieder Vorteile zu schinden versuche. (Narhallamarsch !!)

Beschlossen wurde schließlich, doch mal bei den emeritierten Professoren anzufragen, ob sie eine Vorlesung über Technikgeschichte anbieten wollen.

Ansonsten gab es noch jede Menge streng Vertrauliches, "Berufungs hin und her", Promotionsverfahren, die Bekanntgabe "wer sitzt wann in welchem Gremium", ...



Schneewittchen war glücklich, all diese entzückenden Tiere zu sehen, als sie einsam im Wald unherirrte. Sie wußte, sie würde zumindest nicht verhungern ...  
Bestie / United Cartoons

Inita



---

## FOTOWETTBEWERB

### BLICHE AUF DIE F<sub>R</sub>AU Inspektion einer Männergesellschaft?

Das Jahr 1993 ist ein Jahr der Jubiläen:

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg feiert ihr 250jähriges Bestehen und es ist 90 Jahre her, daß Frauen in Bayern zu einem ordnungsgemäßen Studium zugelassen wurden.

Aus diesem Anlaß veranstaltet die Frauenbeauftragte der Universität einen Fotowettbewerb.

Zur Teilnahme aufgerufen sind alle Hobbyfotografinnen und Hobbyfotografen, die sich mit der Thematik "Frauen - heute an der FAU" fotografisch auseinandersetzen wollen.

- 1. Preis: 1.200,-
- 2. Preis: 800,-
- 3. Preis: 500,-

und viele Sachpreise

Eine Auswahl von Arbeiten wird im Sommersemester 1993 im Rahmen einer Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert. Die Vernissage findet am 09.07.1993 im Ausstellungsraum der Universitätsbibliothek (Schuhstraße 1a) statt.

**Einsendeschluß: 30. April 1993**

Ausschreibungsunterlagen und weitere Auskünfte bei:

Büro der Frauenbeauftragten

- Frau Reibel -

Glückstr. 6

8520 Erlangen

Tel.: 09131/852951, Di und Mi 11.00 - 14.00 Uhr

Erlangen, im November 1992

Die Universitätsfrauenbeauftragte  
Prof. Dr. A. Abele-Brehm

# KIF

## Bericht von der 20.5-ten KIF

Vom Mittwoch, den 18. bis zum Sonntag, den 22. November fand in Stuttgart die 20.5-te Konferenz der Informatik-Fachschaften (kurz KIF) statt, bei der auch wir mit 5 Leuten vertreten waren. Die KIF existiert seit mittlerweile 20 Jahren und dient dem Erfahrungsaustausch unter den einzelnen Informatik-Fachschaften und der Erörterung bundesweiter Probleme (mittlerweile kann mensch fast sagen, europaweit, denn es waren auch Fachschaften aus Österreich, Warschau und Budapest da).

Anwesend waren ca. 150 Personen aus über 30 Fachschaften. Das Programm gliederte sich, wie üblich, in ein Anfangsplenum am Mittwochabend, Arbeitskreise zu verschiedenen Themen von Donnerstag bis Samstag und dem Abschlußplenum mit anschließender Fete am Samstagabend (open end).

Auf dem Anfangsplenum berichteten zunächst die einzelnen Fachschaften über ihre Aktivitäten, hier ein paar Auszüge (ich habe nur das mitgeschrieben, was ich interessant fand):

- In Kaiserslautern gibt es Mittel zur pädagogischen Ausbildung von studentischen Hilfskräften
- Wer in Passau nach dem 4. Semester noch kein Vordiplom hat, ist praktisch schon durchgefallen. Überhaupt scheint sich bundesweit die Bayernkrankheit auszubreiten: An mehreren nichtbayerischen Universitäten sind bereits ähnliche Regelungen wie bei uns eingeführt, daß Studierende, die die Regelstudienzeit fürs Vor- bzw. Hauptdiplom um eine gewisse Frist überschreiten, erstmals durchgefallen sind. Andererseits wurde in Bonn eine Studienordnung, mit der entsprechende Fristen eingeführt werden sollten, vom Ministerium abgelehnt mit der Begründung, das sei bei der derzeitigen Überlastsituation nicht durchsetzbar.

- In den neuen Bundesländern sind viele Prof-Stellen unbesetzt (zur Situation in den neuen Ländern gab es auch noch eine Resolution, s.u.)
- Die Fachschaft in Würzburg hat zwei Stellen für studentische Hilfskräfte für ihre Erstsemesterarbeit bekommen

Zu den Arbeitskreisen kann ich nicht sehr viel sagen. Der AK, in dem ich war, beschäftigte sich mit dem 3. Reich durch Lesen von Auszügen aus Goebbels' Tagebüchern; ein Teilnehmer hört darüber derzeit eine Vorlesung. Doch aufgrund mangelnder Vorbereitung (es war ein spontan-AK) kam nicht so sehr viel dabei heraus. Interessant war ein Vergleich zwischen den Judenpogromen im November 1938 und den ausländerfeindlichen Ausschreitungen heutzutage, gewisse Parallelen in der Reaktion der Obrigkeit sind nicht von der Hand zu weisen (so sorgte man sich schon damals hauptsächlich um das deutsche Ansehen im Ausland!).

Weitere Arbeitskreise beschäftigten sich mit Studienzeitverkürzung, Fachschaftszeitungen, Frauen in der Informatik, Perspektiven einer bundesweiten Studierendenvertretung, dem Grünen Punkt, Treue, etc. (ich kriege sie gar nicht mehr alle zusammen).

Auch für das Rahmenprogramm war gesorgt: Das leibliche Wohl der KIFlerInnen lag den Stuttgarter FachschafterInnen sehr am Herzen. Zum Abendprogramm gehörten Feten, Kneipenbummel durch Stuttgart, und eine mehrstündige Fahrt mit einem eigens für uns reservierten Wagen der Stuttgarter Straßenbahn (die in der Stadtmitte übrigens unterirdisch, auf denselben Gleisen wie die U-Bahn fährt). Dabei wurden natürlich etliche Kisten Dinkelacker CD-Pils geleert. Eine Gruppe von ca. 10-15 KIFlerInnen machte es sich danach mit 2 Kästen Bier in dem mit einer Magnetkarte zu öffnenden Innenraum einer Bank (vor den Geldautomaten) gemütlich, von wo sie

# KIF

nach 5 Minuten mit einem Aufgebot von sage und schreibe 6 Polizeiwagen wieder vertrieben wurden.

Auf dem wie immer nicht enden wollenden Abschlußplenem wurden 3 Resolutionen verabschiedet: eine zu dem Papier der Kultus- und Finanzministerkonferenz zu Studienzeitverkürzung und Studiengebühren (siehe dazu gesonderten Artikel), eine zum Wiederaufbau einer bundesweiten Studierendenvertretung und eine zur Situation der Informatik in den neuen Ländern.

Zur bundesweiten Studierendenvertretung gibt es zu sagen, daß der ehemals existierende Dachverband VDS (Vereinigte deutsche Studierendenschaft) sich vor einigen Jahren aufgelöst hat. An der Notwendigkeit einer bundesweiten Organisation der Studierenden besteht kein Zweifel, allerdings haben viele Leute nach den Erfahrungen mit der VDS gewisse Vorbehalte gegen einen Dachverband, weshalb sich die Resolution für eine dezentral organisiertes Netzwerkmodell, dem die verschiedenen studentischen Gruppierungen angehören sollen, ausspricht.

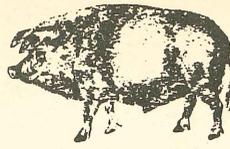
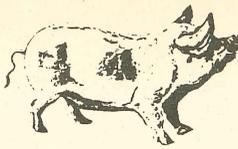
Die Situation der Informatik in den neuen Ländern ist schlichtweg eine Katastrophe: an den meisten Universitäten sind derzeit nur etwa die Hälfte aller Informatik-Lehrstühle besetzt, und trotz schleppender Berufungsverfahren (es gibt nicht genug BewerberInnen) spricht das sächsische Bildungsministerium weiterhin Kündigungen aus.

Die 21. KIF findet vom 26. bis zum 30. Mai 1993 in Dortmund statt. Wer Lust hat, da mitzufahren, kann sich bei und im FSI-Zimmer melden.

Jürgen

TRUCHE by OTOM





## Unverschämtes von den KultusministerInnen

Auf der Konferenz der Finanz- und Kultusminister der Länder (KMK/FMK) wurden Vorschläge bezüglich einer Studienreform "konkretisiert". Von diesem Papier erfuhren wir auf der 20.5 KIF in Stuttgart (siehe auch KIF-Artikel). Im wesentlichen besteht es aus vier Teilen, wobei der erste Teil die Vorschläge enthält, der zweite und dritte Teil die Ressourcensituation in den EAL (Elf-Alte-Länder) und in den FNL (Fünf-Neue-Länder) beschreibt und schließlich der vierte Teil einen Zeitplan vorsieht. Interessant sind für uns vor allem der erste und vierte Teil.

### I. Die "Reform"-Vorschläge:

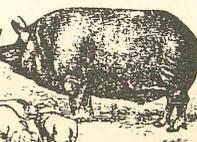
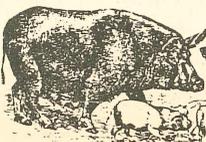
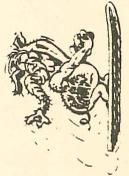
Wenn mensch sich das Papier anschaut, bemerkt er eine Ansammlung von größtenteils unverschämten Vorschlägen, hinter denen die winzig kleine Anzahl von guten Vorschlägen der "Reform" - die meistens schon lange von den Studi-Vertretungen gefordert werden - kaum auffällt. Um zu zeigen, daß wir auch noch so kleine positive Vorschläge erkennen können, fange ich mal mit letzteren an.

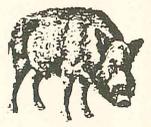
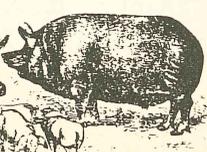
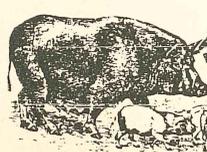
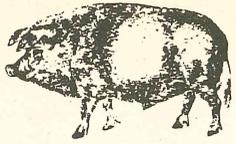
Die Erstsemester sollen durch Mentoren und Tutoren besser betreut werden. Eine nette Idee, auf deren Verwirklichung wir schon seit langem warten. Tatsächlich sieht es aber bei uns so aus, daß noch nicht einmal bisheriges, wie zB. unsere Erstsemestereinführung, über das Institut hinaus, honoriert wird. Im Gegenteil, wir erhalten nur unverschämte Briefe aus dem Dekanat.

Der wohl beste Ansatz des Papiers spricht von einer "Aufwertung der didaktischen Komponente". Auch das ist eine alte Forderung der Studi-Vertretungen. Dazu eine Anekdote: In Österreich müssen seit 1975 alle Hochschuldozenten einmal im Jahr ein bis zwei Wochen in ein Hochschuldidaktisches Zentrum zur Fortbildung. So weit so gut, nur: In ganz Österreich gibt es kein solches Zentrum. So schön können Gesetze sein.

Ein weiterer, und auch schon der letzte positive Ansatz spricht von einer Aufwertung der FHs. Auch soll die Durchlässigkeit von FH auf Uni, durch eine Promotionsmöglichkeit für FH-Absolventen, verbessert werden. Die neuen Schwerpunkte sollen durch eine Verschiebung der "Gewichte zwischen Universitäten und Fachhochschulen" - im Klartext eine Umwidmung von Mittel der Uni zur FH - erreicht werden. Da es kaum größere Mengen an neueren Mitteln gibt, und das Ausbauziel sehr ehrgeizig ist - es sollen bis zu 50.000 FH-Studienplätze in den EAL und ca. 52.000 in den FNL geschaffen werden -, soll wohl massiv bei den Unis gekürzt werden.

Weiter soll die Studium in ein berufsqualifizierendes Studium und eine wissenschaftliche Ausbildung (Promotion etc.) aufgeteilt werden. Das erste Stichwort, das einem zu berufsqualifizierend einfällt, ist das von Industrie und Hochschulen ungeliebte - und wenig akzeptierte - Bakkalaureat. Im Grunde kann mensch dazu nur sagen, dieser Zug ist mit der Aufteilung in FHs und Unis schon lange abgefahren. Wer soll einen Bak. eigentlich beschäftigen, ist er doch nicht halbes und nichts ganzes. Ist dann der Weg zum Diplom schon ein Weiterbildungsstudiengang, der im nächsten Abschnitt zusammen mit der Formulierung "kostendeckende Studiengebühren" erwähnt wird? Aber es kommt noch dicker! Mit der Festlegung von Regelstudienzeiten in allen Fächergruppen (und allen Hochschularten) a jeweils höchstens (sic!):





Geistes-/Gesellschaftswissenschaften 9 Semester  
 Naturwissenschaften (Incl. Informatik) 9 Semester  
 Ingenieurwissenschaften 10 Semester,  
 sollen auch gleich die Express-Studi's von dem Rest separiert werden. Dies soll mit dem wohl dicksten Hund des "Reform"papiers geschehen.

Es sollen "Studiengebühren" bei wesentlicher Überschreitung der Regelstudienzeit (+ 2 Semester) eingeführt werden und "bei weiterer Überschreitung der Regelstudienzeit (+ 2 weitere Semester) Exmatrikulation mit (einmaligem) Prüfungsanspruch" vorgenommen werden. Nur um es auf der Zunge langsam zergehen zu lassen: Bei uns gibt es eine Regelstudienzeit von 9 Semestern. Nach dem 11. Semester gäbe es Studiengebühren - die zum Teil sehr konkreten Gerüchte reichen von 500,- bis 5000,- pro Semester - und nach dem 13. Semester zur Zwangsexmatrikulation mit einem einmaligen Prüfungsanspruch. Bei einer in ER üblichen mittleren Studiendauer in Informatik dürfte jeder StudentIn zumindest in die Studiengebührenzeit fallen, womit ein Studium zu einem unkalkulierbarem finanziellem Risiko wird.

Das ganze wird umschrieben mit Formulierungen wie "Die persönlichen Lebensumstände des einzelnen Studenten müssen Berücksichtigung finden," und "wenn die jeweils gegebenen Studienbedingungen ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit als zumutbar erscheinen lassen". Da dies auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird - und dies wissen auch die Kultus- und Finanzminister -, die Vergangenheit lehrt uns, daß solche Worte immer nur als "Gummiparagraph" verwendet wurden, geht die Bedeutung der obigen beschwichtigenden Formulierungen gegen Null.

Hinter diesem Hammer fallen die restlichen Punkte kaum auf. Dies soll natürlich nicht heißen, daß sie harmlos, oder gar gut wären! Eine ausführliche Diskussion hier zuführen, würde den Rahmen des OUTPUT sprengen, schließlich haben wir auf der KIF bald drei Tage lang darüber gesprochen. Realisiert werden soll das Ganze übrigens bis zum Ende '93 bzw. Mitte '94. Diese Zeiträume sind mittlerweile aber um ein halbes bis ganzes Jahr verkürzt worden. Es eilt also.

II. Was tun?

Zur Zeit laufen die Informationen durch die Uni. Es sollen Vollversammlungen einberufen werden, die weitere Schritte diskutieren soll. Dies ist in der Informatik, bzw. TechFak zum Erscheinungszeitpunkt des OUTPUT möglicherweise schon geschehen. In diesem Stadium sind mittlerweile wohl auch die meisten Hochschulen in der BRD, da parallel zur KIF die entsprechenden Veranstaltungen der Mathematiker (KOMA) und Physiker (ZAPP) stattfanden.

Das Echo bei den Prof's ist geteilt. Der Fakultätentag Informatik, der dieser Tage in ER war, hält die Vorschläge für derart grotesk (sind sie ja auch), daß er sie nicht für Ernst nimmt. Ähnlich denkt Herr Jasper, seines Zeichens Rektor unserer Uni. Wir sind allerdings der Meinung, solchen irrwitzigen Ideen am besten so früh wie möglich entgegen zu treten, und zwar massiv (!), da wir uns den Luxus des "abwarten und Tee trinken" nicht erlauben können.

## Konkretisierung der Vorschläge FMK/KMK

unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der neuen Länder

### 1. Konkretisierung der Reformvorschläge

I. Ausbau der Hochschulen neben einer Konsolidierung des Universitätsbereiches schwerpunktmäßig bei den Fachhochschulen. Bisheriger Anteil der Fachhochschulen (alte Länder) bei den Studienanfängern 25 %, gegenwärtiger Anteil der flächenbezogenen Studienplätze weniger als 20 %. Die Gewichte zwischen Universitäten und Fachhochschulen sollen deutlich verschoben werden. Die Erhöhung des Anteils der Studienanfänger Fachhochschulen/Universitäten auf 35 : 65 im Durchschnitt der alten Länder ist ein Nanziel. Zeithorizont: Bis zum Jahre 2000.

1. Vorrangig müssen die von den Regierungschefs zusätzlich zum 19. Rahmenplan beschlossenen bis zu 50.000 neuen Fachhochschulplätze in den alten Ländern verwirklicht werden. Nach dem Beschluß der Regierungschefs vom 21.12.1989 sind dazu Mittel in Höhe von 4 Mrd. DM erforderlich. Dies entspricht zu heutigen Preisen einem Volumen von 5 Mrd. DM.

Erforderlicher HBFO-Ansatz im Bundeshaushalt: 2 Mrd. DM in 1993 und 2,3 Mrd. DM ab 1994.  
Tatsächlicher Ansatz: 1,6 Mrd. DM.

Die alten Länder haben zur Zeit ca. 32.000 FH-Plätze zu den Rahmenplänen angemeldet. In den Länderhaushalten sind Mittel für ca. 31.500 Studienplätze etabliert bzw. in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen.

Die quantitativen Ausbauziele für den Fachhochschulausbau in den neuen Ländern blieben in diesem Zusammenhang zunächst außer Betracht. Bereits jetzt sind zahlreiche Vorhaben angemeldet, die Ausbauplanung insgesamt ist noch

\* staatliche Hochschulen ohne Verwaltungshochschulen

- 2 -

nicht bekannt. Der Wissenschaftsrat hält die Schaffung von etwa 32.000 flächenbezogenen Studienplätzen in den neuen Ländern für erforderlich. Sie machen Aufwendungen in vergleichbarer Größenordnung wie für den Fachhochschulausbau in den alten Ländern erforderlich.

2. Für die Zeit nach 2000 wird in der hochschulpolitischen Diskussion ein Verhältnis von 40:60 zwischen Fachhochschulen und Universitäten bei den Studienanfängern für erforderlich gehalten. Dabei soll das Profil "Vermittlung praxisorientierter Ausbildung" gewahrt werden.

Eine wesentliche Steigerung des Studienanfängeranteils in derzeit vorhandenen Fächerspektrum über einen Wert von 35 % hinaus erscheint jedoch in diesem Jahrzehnt nicht erreichbar. Schon heute kommen etwa 2/3 aller Ingenieure und gut 50 % der Betriebswirte aus den Fachhochschulen.

Eine weitere Ausdehnung des Fachhochschulanteils dürfte sich nur bei deutlicher Erweiterung des Fächerspektrums in Konkurrenz zum universitären Bereich (Studiengänge, Stellen, Mittel), auch in den Geisteswissenschaften, erreichen lassen; dabei ist der Bereich der Berufsakademien und der Verwaltungsfachhochschulen zu berücksichtigen.

Da die zweite Expansion des Fachhochschulanteils einen längeren Planungsvorlauf voraussetzt, muß die konzeptionelle Erarbeitung des Ausbaus zügig begonnen werden.

Nach Auffassung der KMK müssen neben der Ausweitung des Fächerspektrums die Rahmenbedingungen der Fachhochschulen und der Fachhochschulabsolventen verbessert werden. Dies bedeutet auf studentischer Seite: Verbesserung der Promotionsmöglichkeiten für erfolgreiche Fachhochschulabsolventen an Universitäten, Neuordnung des Zugangs zum öffentlichen Dienst.

3. Umwidmungen von Stellen und Mitteln aus dem Universitätsbereich in die Fachhochschulen sind im Zuge des weiteren Fachhochschulausbaus in Betracht zu ziehen. Die Entscheidungen sind in der Verantwortung der einzelnen Länder zu treffen.

II. Zügige Realisierung der Studienstrukturreform in allen Ländern in Übereinstimmung mit den Vorschlägen von Wissenschaftsrat und HRK

1. Differenzierung zwischen
  - berufsqualifizierendem Studium und
  - Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Promotion in klassischer Form und an Graduiertenkollegs)
2. Evaluierung bestehender und Zurückhaltung bei der Genehmigung - studienzeitverlängernder - Aufbau-/Zusatz- und Ergänzungsstudiengänge
3. Bereitstellung von Weiterbildungsstudiengängen - und -angeboten mit anderen Zulassungsvoraussetzungen und gegen kostendeckende Studiengebühren.
4. Festlegung der Regelstudienzeiten einschl. Prüfungen und Praxissemester/-phasen, und zwar
  - an Universitäten in den fächergruppen Geistes-/Gesellschaftswissenschaften höchstens 9 Semester
  - Naturwissenschaften höchstens 9 Semester
  - Ingenieurwissenschaften höchstens 10 Semester
  - D I-Studiengänge\* wie Fachhochschulen
  - an Fachhochschulen höchstens 8 Semester
5. Entfrachtung des berufsqualifizierenden Studiums, um das

\* Kurze Diplomstudiengänge an den Universitäten - Gesamthochschulen - in Nordrhein-Westfalen

Studium studierbar zu machen; Senkung des SWS-Volumens.

6. Umsetzung durch rechtlich verbindliche Festlegung:
  - Festlegung strukturell-quantitativer Eckdaten (Regelstudienzeit, SWS-Volumina, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen, Prüfungstermine und -dauer); die Länder scharfen die Rechtsgrundlagen ggf. durch Anpassung der Länderhochschulgesetze.

Entsprechendes gilt für Studiengänge mit staatlichen Abschlussprüfungen.

III. Umsetzung der Studienstrukturreform

1. Anreize und Sanktionen für Fakultäten/Fachbereiche und wissenschaftliches Personal
  - 1.1 Mittelzuweisung für Lehre und Forschung nach erfolgs- und qualitätsorientierten Kriterien; dies gilt auch für Graduiertenkollegs.
  - 1.2 Verbesserung der Studienorganisation; Erbringung des Lehrdeputats vorzuringeln in den nach den Studienordnungen relevanten Bereichen, ausgefallene Stunden sollen im Folgesemester das Angebot in diesen Bereichen erhöhen. Gewährleistung des Lehrangebots durch die Hochschullehrer; Präsenzpflichten der Hochschullehrer. Verantwortung der Dekane für den ordnungsgemäßen Studienbetrieb, Stärkung und Aufwertung ihrer Stellung gegenüber der Fakultät/dem Fachbereich.
  - 1.3 Anreize zu stärkerem Engagement in der Lehre in kapazitätsrelevanten Bereichen durch Gewährung einer Lehrurlage (Umsetzung des § 50 BBesG durch Rechtsverordnung erforderlich) und durch Verbesserung der Sachausstattung
  - 1.4 Aufwertung der didaktischen Komponente (bei Habilitationen, Berufungs- und Bleibe Verhandlungen; studentische Veranstaltungsaktivität)
  - 1.5 Controlling und Wettbewerb (z.B. durch externe Evaluie-

rung, regelmäßige Vorlage und Veröffentlichung von Lehrberichten und Leistungskennzahlen).

2. Einbeziehung der Studierenden

Von den Studenten muß erwartet werden, daß sie sich im Rahmen der jeweils gegebenen Studienmöglichkeiten und ihrer sozialen Lebensumstände, die u. a. durch die Höhe der BAföG-Leistungen und die Situation beim Wohnen stark beeinflußt werden, an den Reformmaßnahmen mit dem Ziel einer Verbesserung des Studienerfolges aktiv beteiligen.

2.1 Bessere Betreuung und Beratung der Eingangsesemester, z.B. durch Mentoren und Tutoren.

2.2 Leistungsbezogene Verbesserungen der BAföG-Zahlungen: Darlehenslaß bei erfolgreichem Studienabschluß innerhalb der Regelstudienzeit.

2.3 Prämien und Preise für erfolgreiche Studenten; Einführung der sogenannten Freischub-Regelung.

2.4 Folgen bei wesentlicher Überschreitung der Regelstudienzeit, wenn die jeweils gegebenen Studienbedingungen ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit als zumutbar erscheinen lassen.

Unter diesen Voraussetzungen kommen in Betracht:

- Studiengebühren bei wesentlicher Überschreitung der Regelstudienzeit (+ 2 Semester); bei weiterer Überschreitung der Regelstudienzeit (+ weitere 2 Semester) Exmatrikulation mit Prüfungsanspruch;
- Festlegung verbindlicher Prüfungszeitpunkte für Zwischen- und Abschlußprüfungen; Nichtbestehen bei Versäumnis?
- Berücksichtigung der Studienzeit bis zum berufsauffolgerischen Abschluß bei der Zulassung zum Promotionsstudium bzw. zum Graduiertenkolleg sowie bei der Gewährung von Promotionsstipendien.

Die persönlichen Lebensumstände des einzelnen Studenten

müssen Berücksichtigung finden.

2.5 Berücksichtigung der Studienzeiten bei Einstellung von Bewerbern

IV. Forschungsförderung

Neben der starken Betonung der Lehre hält es die KMK für erforderlich, daß alle Länder ihre Bemühungen zur Förderung der Hochschulforschung sichtbar verstärken und sich verpflichten, die Leistungen für die DFG und für die Grundaussstattung der Hochschulen für die nächsten 5 Jahre um jährlich 5 % zu erhöhen.

D. Realisierungsschritte

I. Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Studienstrukturreform durch die Länder und den Bund bis zum 31.12.1993.

II. Konkretisierung der Vorschläge zur Studienstrukturreform durch KMK und HRK bis zum 30.06.1994.

III. Schaffung der politischen Voraussetzungen für die Verbesserung der Finanzausstattung der Länder bis 30.06.1993

IV. Einsetzung einer hochrangigen KMK/HRK-Arbeitsgruppe die der MKK über die Umsetzung der Vorschläge berichtet. Der erste Bericht ist bis zum 31.01.1994 zu erstatten.

V. Die notwendige Abstimmung mit der Bundesregierung sollte, soweit dafür nicht besondere Verfahren (z. B. beim HBFG, BAföG, bei HRG-Änderungen) vorgesehen sind, im Rahmen der BLK erfolgen.

# Das „Alter Ego“ für InformatikerInnen

Rund 54.000 KommilitonInnen studieren in der Bundesrepublik Informatik. In Österreich sind es gut 7000, mit der Schweiz kommen noch einmal 5000 dazu. 70.000 Leute, deren kleinster gemeinsamer Nenner das Studienfach ist - weiter nichts? Jährlich schließen im deutschsprachigen Raum mehrere 1000 AbsolventInnen ihr Studium ab; ihre Diplomarbeit, und wenn sie noch so interessant ist, verstaubt in den Bibliotheken. Ganz unten.

Ja gibt es denn kein überregionales Forum für Informatiker? Doch, es gibt das INFORMATIK FORUM, eine Zeitschrift, die an der TU in Wien herausgegeben wird. Viermal im Jahr erscheint das Heft zu jeweiligen Schwerpunkten. Renommierete AutorInnen aus aller Welt beziehen hier Stellung - Thema der Septemбераusgabe: "Elektronische Mauern in Europa", aber auch junge InformatikerInnen, die sich noch nicht etabliert haben, kommen zum Zug.

Dabei ist das FORUM wörtlich zu

nehmen; es bietet Platz für alle. StudentInnen finden Hinweise auf interessante Diplomarbeiten und Dissertationen, diverse Forschungseinrichtungen werden vorgestellt.

Man soll nie nur die Bücher lesen, die im Hörsaal empfohlen werden oder deren Inhalt Prüfungsstoff ist. Man soll die Bücher lesen, die im INFORMATIK FORUM regelmäßig besprochen werden. Die neueste der aktuellen Fachliteratur wird kritisch unter die Lupe genommen - und weil sich in jedem Heft Termine von wichtigen Kongressen und Veranstaltungen finden sowie die Beilage "Datenschutz und Informationsrecht" der ARGE Daten, stellt das Informatik Forum ein Medium für alle EDV-Interessierten auch außerhalb der Universität dar.

Zu beziehen ist das INFORMATIK FORUM bei der Forschungsgesellschaft für Informatik (siehe Coupon) - für StudentInnen zum Solidaritätspreis.

Ich bestelle

- ...Exemplare INFORMATIK FORUM Nr... zum Preis von je 6S 95.-
- ein Jahresabonnement Inland INFORMATIK FORUM (4 Hefte) zum Preis von 6S 300.-
- ein Jahresabonnement Ausland INFORMATIK FORUM (4 Hefte) zum Preis von 6S 450.-
- ein ermäßigtes Jahresabonnement für StudentInnen INFORMATIK FORUM (4 Hefte) zum Preis von 6S 220.-

Diese Bestellung gilt ab Heft ...

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte  
frankieren

## INFORMATIK FORUM

Technische Universität Wien  
Forschungsgesellschaft für  
Informatik  
Treitlstraße 3  
A-1040 Wien

# KIF

## Resolution der 20.5ten Konferenz der Informatik-Fachschaften (KIF)

Stuttgart, November 1992

Auf der Konferenz der Finanz- und Kultusminister der Länder (KMK/FMK) wurde eine Konkretisierung von Vorschlägen bezüglich einer Studienreform an Fachhochschulen und Universitäten erstellt und am 8./9.10.1992 veröffentlicht. Die TeilnehmerInnen der KIF 20.5 halten es für notwendig, Reformen nur unter Mitwirkung der StudentInnen durchzuführen. Wir erarbeiteten deshalb diese Resolution, um zu den Thesen der KMK/FMK Stellung zu beziehen, Verbesserungen vorzuschlagen und eigene Forderungen an ein zukünftiges Studium zu formulieren.

### **1 Bildungsanspruch der Universität**

Die KIF fordert eine universitäre Bildung im Geiste des Humboldt'schen Bildungsideals. Darunter verstehen wir eine freizügige, individuelle Gestaltung des Studiums. Das Grundrecht auf Bildung muß unangetastet bleiben.

### **2 Verhältnis Universität – Fachhochschule**

Die KIF befürwortet eine stärkere Förderung der Fachhochschulen, insbesondere eine Hebung des Ansehens dieses Bildungsweges. Dafür sollten verstärkt Mittel zur Verfügung gestellt werden, jedoch nicht durch eine Umwidmung von Mitteln der Universitäten. Es darf kein Ausspielen der Universitäten gegen die Fachhochschulen geben. Zur Förderung der Fachhochschulen muß das Promotionsrecht für FH-AbsolventInnen eingeführt werden. Ein Wechsel zwischen beiden Ausbildungszweigen muß vereinfacht werden, z.B. durch gegenseitige Anerkennung aller Leistungen.

Ein verkürztes berufsqualifizierendes Studium an Universitäten (Bakkalaureat) wird abgelehnt. Dies würde eine Erhöhung der Belastung der Universitäten und eine Abqualifikation der Fachhochschulen bedeuten.

# KIF

## 3 Situation der Lehre

Dringend notwendig ist eine Verbesserung der Lehre an den Hochschulen. Im Gegensatz zur fachlichen ist die didaktische Qualifikation unzureichend. Wir fordern eine Verankerung der didaktischen Komponente in Promotion und vor allem Habilitation. Zusätzlich ist auf eine ständige didaktische Weiterbildung durch Schulungen Wert zu legen. Die Beteiligung der StudentInnen bei der Auswahl des Lehrpersonals muß erweitert werden.

## 4 Anreize und Sanktionen für ProfessorInnen bzw. Fachbereiche

Anreize und Sanktionen führen zu Konkurrenzkämpfen innerhalb der Fachbereiche und zwischen den ProfessorInnen, die zu Lasten aller gehen. Deshalb lehnen wir diese ab.

## 5 Studienzeitreglementierung

Eine Reglementierung der Studienzeit wird grundsätzlich abgelehnt. Gesetzliche Zwangsregelungen sind nicht geeignet, die Studienzeiten zu verkürzen. Sie führen zur Verschulung und verhindern eine freie Gestaltung des Studiums. Außerdem ist zu befürchten, daß die notwendige studentische Arbeit in Lehre und Selbstverwaltung (Tutorien, Gremienarbeit) nicht geleistet wird. Eine Verkürzung der Studienzeiten sollte vielmehr durch die Schaffung der Voraussetzungen, das Studium innerhalb der bestehenden Regelstudienzeiten (Richtwerte) beenden zu können, erreicht werden. Dabei ist die Reduzierung der StudentInnenzahl durch verschärfte Zulassungsbedingungen kein geeignetes Mittel.

## 6 Studiengebühren

Studiengebühren sind unsozial und werden daher entschieden abgelehnt. Bildung ist ein Grundbedarf der Gesellschaft, kein Privileg Einzelner! Auch eine leistungsabhängige BAFÖG-Förderung wird abgelehnt, da BAFÖG die finanzielle Grundversorgung für das Studium gewährleisten soll. Finanzielle oder materielle Anreize/Sanktionen für Studienleistungen führen zu verschärftem Konkurrenzkampf, welcher nicht erwünscht sein kann.

## 7 Einbeziehung der StudentInnen

Bei der Planung und Durchführung von Reformen bzw. Maßnahmen ist eine Beteiligung der StudentInnen notwendig. Bei der Erarbeitung des KMK/FMK-Papiers ist diese leider nicht erfolgt.

## Wir haben kein "Ausländerproblem"

Ein türkischer Jugendlicher aus meinem Bekanntenkreis, der schon mehrmals von Skinheads krankenhaushausreif geschlagen wurde, wurde letzte Woche wiederum von Skins in der S-Bahn tötlich angegriffen. Zwei ältere Männer feuerten an: "Los, Jungs, mach ihn alle! Schlagt ihn tot!" Der junge Türke konnte an der nächsten Station entkommen — mit einem gebrochenem Bein! Demselben Jugendlichen wurde vor wenigen Monaten der Zutritt zu seinem Klassenzimmer von vier Skins versperrt. Seine traditionell gekleidete ältere Schwester wird auf der Straße immer wieder von Deutschen angepöbelt. Die Eltern leben in der ständigen Angst, daß ihre Kinder nicht mehr von der Schule, vom Sport oder vom Einkauf nach Hause kommen, weil sie zusammengeschlagen oder vergewaltigt wurden. Trotzdem bekunden 59 Prozent der Deutschen einer Emnid-Umfrage zu Folge, daß Ausländer eine Gefahr auf den Straßen darstellen.

Seit Monaten zieht sich eine Brand- und Blutspur durch die gesamte Republik: Asylantenheime werden serienweise mit Steinen, Molotowcocktails und Benzinbomben beworfen, gehen in Flammen auf und die Bewohner müssen evakuiert werden. "Neger aufklatschen" ist zum Volkssport Nummer eins avanciert. Ausländer werden auf brutalste Weise ermordet. Dabei schauen Passanten und sogar Polizisten neugierig zu. Endlich Action! Die Folge: 73 Prozent der Bundesbürger erachten es für "besonders wichtig", weitere 23 Prozent für "wichtig", das "Ausländerproblem" in den Griff zu bekommen. Auch die Politik beschäftigt seit einem Jahr nichts anderes mehr — sie ist gelähmt, ja geradezu paralysiert. Opfer werden zu Tätern stilisiert: Die Ausländer hätten ja nicht kommen brauchen. Also sind sie auch selbst schuld, wenn ihnen hier der blanke Haß entgegenschlägt. "Ali" statt "Isidor"!

Wie läßt sich ein ganzes Volk in eine solche Hysterie versetzen? Wie ist es möglich, daß ein ganzes Volk kollektiv seinen Verstand ausschaltet? Die Mechanismen dazu sind der Massenpsychologie wohl vertraut und bereits bestens bewährt.

Nährboden für das Erzeugen einer solchen Massenhysterie ist eine allgemeine Katastrophenstimmung: bei 50 Prozent real Arbeitslosen in Ostdeutschland, bei einer bereits vor der deutschen Vereinigung einsetzenden globalen Wirtschaftsrezession, der auch Deutschland nicht mehr entgehen kann, und bei einer völlig orientierungslosen Politik und der dadurch entstandenen Parteienverdrossenheit und noch einigem mehr sicherlich gegeben. Die Katastrophenstimmung wurde durch die rechtsextremistischen Krawalle erst so richtig entfacht und wird durch kräftiges Schüren am Lodern gehalten. Denn "ganz gleich, ob sie (= Bürger wie Politiker, d. A.) über uns lachen oder schimpfen, ob sie uns als Hanswurst oder Verbrecher hinstellen; die Hauptsache ist, daß sie uns erwähnen, daß sie sich immer wieder mit uns beschäftigen."

Und wie sich die Öffentlichkeit mit den Rechtsterroristen beschäftigt. Mit den Ausländern und Asylanten wird schließlich ein idealer Sündenbock präsentiert, ein Objekt, auf das die Öffentlichkeit ihre Aggressivität und ihren Haß konzentrieren kann.



meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

niemand. Ansonsten sind das bekanntlich "andere" Ausländer.

Diese Menschen werden mit Sicherheit kommen! Wer will es ihnen eigentlich auch verdenken, daß sie sich ein kleines Stück von unserem Wohlstand abschneiden wollen? Schließlich haben wir uns diesen Wohlstand nicht zuletzt auf Kosten derer erworben, die jetzt bei uns an die Tür pochen. Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt hat die verdammte Pflicht, sich um die Ärmern dieser Welt zu kümmern. Es wird von seinem Wohlstand abgeben müssen und das wird jedeR einzelne BürgerIn zu spüren bekommen, obwohl er/sie immer noch wird gut leben können. Das Gebot der Stunde heißt Solidarität, nicht Egoismus! Ebenso wird eine Herausnahme der jugoslawischen Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Asylverfahren, eine Straffung desselben und eine neben dem Asylrecht angesiedelte kontingentierte Einwanderung von Ausländern — durchweg vernünftige Vorschläge — nur in Verbindung mit einem Wohlstandsverzicht zugunsten der Ärmern Wirkung zeitigen.

Nein, ein "Ausländerproblem" besteht in Deutschland wahrlich nicht, eher schon haben wir es mit einer Eruption des Rechtsextremismus zu tun, genau genommen jedoch mit der Demontage unserer freiheitlichen und sozialen Demokratie. In dem durch die "Asyldebatte" hervorgerufenen Heidenlärm gehen andere Dinge einfach unter. Da werden Sozialhilfe und BAföG für mehrere Jahre eingefroren. Da wird an einer Grundgesetzänderung gearbeitet, die Lauschangriffe des Staates auf Privatleute vereinfachen soll. Da will der Bundesinnenminister das Demonstrationsstrafrecht erheblich verschärfen, und seine Parteigenossen wollen die U-Haft "besser" ausnutzen. Zusammengenommen bedeutet das mehr Macht für den Staat und weniger Freiheiten und soziale Sicherheit für die/den einzelneN BürgerIn. Wir sind auf dem besten Weg in einen Staat, der sich mehr und mehr auf autoritär-nationalisierende Prinzipien stützt und der die Ungleichheit von Menschen, zu denen auch Ausländer und sogar Asylanten zählen, rechtlich zementiert. Haß und Egoismus anstelle von Toleranz und Solidarität, Gefühle anstelle von Vernunft bestimmen unser Denken und Handeln.

Die hart erkämpften Grundrechte, die politischen und die sozialen Rechte werden leichtfertig eingetauscht gegen einen völkisch verbrämten Nationalstolz, einen gesellschaftlich akzeptierten Sozialdarwinismus und einen autoritären Staat. Unser Demokratie ist in Gefahr, ernsthaften Schaden zu nehmen, und niemand, aber auch wirklich niemand ist bereit für ihre/seine Freiheiten einzutreten. Deutschland, mir schaudert vor Dir!

Burkhard Stubert



meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

# Katholikenproblem lösen!

Dokumentation

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Katholiken. Im Gegenteil, jeder Katholik, der sauber ist und hier seit Jahren Steuern zahlt, ist uns willkommen. Wir wehren uns nur dagegen, daß wir Norddeutschen durch den Zustrom von schwarzen Schafen und ihren bischöflichen Hirten unsere kulturelle Identität verlieren.

Leider ist es den meisten Katholiken aufgrund ihrer fundamentalistischen Einstellung bisher nicht gelungen, ihre naturreligiöse Vorstellung von Sexualität, nach der sexuelle Handlungen nur zum Zwecke der Fortpflanzung ausübt werden dürfen, abzulegen. Das führt dazu, daß diese Bevölkerungsgruppe, die wir einst als Gäste in unser Land riefen, sich vermehrt wie die Karmelk in der Geest. Sind es nicht jene Katholiken, die durch ihre beharrliche Ablehnung jeder Form von Empfängnisverhütung in erheblichem Umfang zur Verschärfung von Problemen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beigetragen haben?

Nach Untersuchungen des Landes kriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, daß 78,47 Prozent aller bayerischen Straftäter Katholiken sind. Allein diese Zahl macht schon deutlich, daß der dramatische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholikenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholiken in unserem Norddeutschland eine Minderheit dar, doch alleine in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese

Zahl um mehr als 22 Prozent erhöht. Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bildnis eines Gefolterten am Kreuz, ist bederetes Zeugnis einer latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst so weit kommen, daß sich keine norddeutsche Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße trauf?

Nach wie vor stehen eine Vielzahl der Rituale im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz. Hierzu nur zwei Beispiele: Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die katholische Kirche ihren Priestern kategorisch die Eheschließung und Familiengründung. Während nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es Frauen in der katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden.

Muß es erst so weit kommen, daß der Erzbischof von Köln die Macht an sich reißt, um das Grundgesetz außer Kraft zu setzen und seinen sogenannten Gottesstaat zu errichten?

Besonders besorgniserregend ist für Fachleute die Tatsache, daß zwischen der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1961 und dem Anstieg der Katholikenzahl in Norddeutschland direkte Zusammenhänge vermutet werden können. Hier ruhen sich Katholiken ganz offensichtlich in der Hängematte unseres Wohlfahrtsstaates aus. Zwar sind wir noch eines der reichsten Länder der Erde, aber wie lange können wir uns diesen

Mißbrauch noch leisten?

Bereits jetzt sind die negativen Einflüsse auf die deutsche Wirtschaft erkennbar. Die hohe Anzahl ihrer religiösen Feiertage führt zu Produktionseinbußen in Milliardenhöhe. Dies hat die Konkurrenzfähigkeit zum Beispiel zur japanischen Industrie, in der so gut wie keine Katholiken arbeiten, erheblich beeinträchtigt. Muß die deutsche Wirtschaft erst völlig am Boden liegen, bis die Katholikenflut eingedämmt wird?

Die Katholiken haben ihren eigenen Staat, eine Heimat, in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, geschieht das in der Regel nur aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl der Vatikan das höchste Prokopfeinkommen der Welt hat. Müssen wir am Ende alle 900 Millionen Katholiken der Erde bei uns aufnehmen?

Nein, wir können das Katholikenproblem dieser Welt nicht allein lösen, und die zunehmende Katholikenfeindlichkeit in Norddeutschland erfordert sofortiges Eingreifen und Handeln.

Wir schlagen deshalb vor:

- Abweisung aller Katholiken an der Grenze Norddeutschlands
- Sofortige Abschiebung aller kriminellen Katholiken in den Vatikan
- Erteilung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung nur bei Nachweis eines Arbeitsplatzes
- Ausweisung aller Katholiken bei Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit
- Unterbringung aller Katholiken in Gemeinschaftsunterkünften
- Ausweisung der Katholiken bei verfassungsfreundlichen Aktivitäten

Das Boot ist voll! Stoppt die Katholikenflut!

Flughafen vom Prenzlauer Berg

Aus TAZ





”

Roya, "Hi Tech", Phuoc Can Hua, Jitka und all Ihr anderen ausländischen Kommilitonen, Freunde, Menschen - ich möchte um Verzeihung bitten für das, was zur Zeit Euch und Euren Landsleuten hier in Deutschland angetan wird. Ich fühle mich ohnmächtig, wenn ich diese sinnlose Gewalt sehe; ich weiß einfach nicht, was ich dagegen tun soll; ich schäme mich, ein Deutscher zu sein. Dabei haben die Probleme, vor denen diese Idioten solche Angst haben, daß sie auf dümmste Parolen hereinfliegen, doch überhaupt nichts mit Euch zu tun.

Jens Dykow

## AUSLÄNDER

Ich hatte mal einen Freund, einen Ausländer. Er war aus seinem Land geflohen, weil die dortige Regierung etwas gegen Leute hatte, die gelegentlich dazu neigten, eine eigene Meinung zu haben, insbesondere, wenn diese Meinung nicht die der Regierung war. Außerdem war es strafbar, ein solch suspektes Individuum in der Familie zu haben. Seinen Bruder hatte die Geheimpolizei verhaftet, nachdem er am Stammtisch die Regierung kritisiert hatte; irgend ein Saufkumpan muß ihn angezeigt haben. Mein Freund wurde seitdem ständig beobachtet und stand selbst kurz vor der Verhaftung, als er sich dazu durchrang, seine Freunde, seine Familie, seinen Besitz und seine Heimat zu verlassen und das Risiko einer Flucht zu wagen.

Die Grenze überwand er in einer Kiste mit "Maschinenteilen" auf einem Schiff mit Kurs auf ein "Bruderland". Als das Schiff auf dem Weg dorthin an unserer Küste vorbeifuhr, kam er aus seinem Versteck und sprang über Bord. Er hatte Glück. Nach fast einer Stunde wurde er völlig durchgefroren und erschöpft von einem zufällig vorbeikommenden Freizeitsegler an Bord genommen.

Das Asylverfahren war lang, schwierig und scherte sich nicht im Geringsten um Privatsphäre oder Menschenwürde. Und die anfänglichen Sprachschwierigkeiten meines Freundes unterstützten es nicht gerade. Das Leben in der Fremde ist für ihn auch ansonsten nicht leicht gewesen, jedenfalls zu Anfang: keine Freunde, ungewisse Zukunft, Angst um die in der Heimat Zurückgebliebenen. Er erinnerte sich später nur sehr ungern an diese erste Zeit zurück.

Das alles war vor über zehn Jahren, und mittlerweile war er ein "Mitglied der Gesellschaft" geworden, wie es so schön heißt. Er ging seiner Arbeit als Ingenieur nach, zahlte pünktlich seine Steuern und, was in diesem Lande immer noch das wichtigste ist, er sprach unsere Sprache mittlerweile fast so gut wie ein Einheimischer.

Vor drei Jahren hat er geheiratet, eine nette und ausgesprochen hübsche Frau, die auch aus seiner Heimat geflohen war. Sie war Sportlerin und hatte eine in unserem Land ausgetragene Weltmeisterschaft genutzt, um unter dem Jubelgeschrei der nationalen Presse ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Sie brachte, quasi als Gastgeschenk, den Titel der Vize-Weltmeisterin mit; ihr Asylverfahren hat insgesamt drei Stunden gedauert. Die ganze nationalbewußte "Spitze der Gesellschaft" stand Schlange, um sie zu beglückwünschen.

”

”

Mein Freund hatte sie auf einer Sportveranstaltung kennengelernt, auf der er als Ordner mithalf und sie einen weiteren Titel "für unser Land" gewann. Er hatte ihr geholfen, ein paar allzu übereifrige Journalisten abzuwimmeln, sie kamen miteinander ins Gespräch, stellten fest, daß sie aus der gleichen Heimat kamen, fanden einander nett, trafen sich wieder, fanden einander noch netter und verliebten, verlobten und verheirateten sich schließlich. Und seit einem Jahr hatten sie auch eine kleine Tochter, deren stolzer Patenonkel ich war.

Mittlerweile ging es unserem Land nicht mehr ganz so gut wie gewöhnlich, eine allgemeine Wirtschaftsflaute drohte in eine Rezession zu münden. Wie immer in solchen Zeiten wurde die Kluft zwischen Unter- und Oberschicht der Gesellschaft schnell größer, und so benötigte man dringend einen Sündenbock. Man brauchte nicht übermäßig lange zu suchen, bis man einige geeignete Minderheiten fand, von denen man im allgemeinen die Ausländer favorisierte.

Mein Freund und seine Familie hatten eine verdammt schwere Zeit. Seine Frau hatte schon vor längerer Zeit den Sport zugunsten der Familie aufgegeben, und so schützte auch ihre schnell verblaßte Bekanntheit nicht mehr. Sie wurden immer öfter angepöbelt und bedroht, zweimal entkam seine Frau nur knapp einer Vergewaltigung.

Vor einem Monat hat eine Rote Rechtsradikaler nachts ihr Haus angezündet; alle drei sind dabei in den Flammen umgekommen. Um jede Möglichkeit der Verwechslung zu vermeiden, hatten die Täter noch "Ausländer raus" und ähnliche Parolen auf die Straße geschmiert.

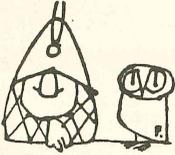
Natürlich waren alle entsetzt und empört. Zuerst die professionellen Empörer von der Presse, dann die professionell Entsetzten und berufsmäßig Ahnungslosen aus der Politik und schließlich, nachdem die Journalisten sie ja dazu aufgefordert hatten, auch ein beachtlicher Teil der Schafherde, pflichtschuldigst, bevor man wieder zur Tagesordnung übergang und darüber diskutierte, wie man ein Problem, das sich hartnäckig weigerte, sich durch Wegsehen lösen zu lassen, durch Amputation der von den Symptomen am meisten betroffenen Teile in den Griff bekommen könne. Die Polizei schaffte es mit geradezu atemberaubender Präzision und Schnelligkeit, die Täter nicht zu finden. Hätte ja auch nichts gebracht.

Ich ging auch mit auf einen der spontanen Trauermärsche, aber ich habe nicht das Gefühl, als hätte das alles was gebracht. Jedenfalls hat sich seitdem noch nichts geändert in diesem unsrem Lande. Wohl aber in seinem. Er hatte immer davon gesprochen, vielleicht irgendwann einmal in seine Heimat zurückkehren zu können. Jetzt war die Regierung dort am zusammenbrechen, und in höchstens einen halben Jahr hätte er wohl gefahrlos zurückkehren können in seine geliebte Heimatstadt Schwerin, von der er immer erzählte, sie sei nicht nur die schönste Stadt der ganzen DDR, sondern auch viel schöner als alle Städte, die er in der ganzen Zeit hier bei uns in Frankreich zu sehen bekommen hätte.



”

# Pressespiegel



Wolfgang Ebert

## Rechtsverkehr

In der Autofahrprüfung stellte der Prüfer ein paar Fragen:  
*Prüfer:* Wo fährt man in Deutschland?

*Fahrschüler:* Rechts.

*Prüfer:* Wo überholt man?

*Fahrschüler:* Rechts.

*Prüfer:* Wo steht man?

*Fahrschüler:* Rechts.

*Prüfer:* Welche Richtung schlägt der Verkehrsfluß zur Zeit ein?

*Fahrschüler:* Er bewegt sich rapide nach rechts.

*Prüfer:* Wie lange fährt man in Deutschland auf Rechtskurs?

*Fahrschüler:* Bis zum Totalschaden.

*Prüfer:* Wenden wir uns jetzt mal dem Verkehrsgeschehen zu: Was ist das für ein Wagen, der gerade nach rechts ausschert?

*Fahrschüler:* Das ist ein FDP, scherzhaft auch „Verkehrshinder- nis“ genannt.

*Prüfer:* Warum?

*Fahrschüler:* Weil er völlig unberechenbar ist, meist im Zickzackkurs fährt und sich dauernd quer zu seinem Kollisionspartner stellt.

*Prüfer:* Warum sehen die Insassen so bleich aus?

*Fahrschüler:* Sie befürchten, ihr Wagen werde abgehängt und beim fälligen TÜV 1994 aus dem Verkehr gezogen.

*Prüfer:* Warum bleibt er nun mitten im Verkehr stehen?

*Fahrschüler:* Lambsdorff muß sein tägliches Hörfunkinterview geben. Oder das Fahrzeug hat eine Panne wegen Koalitionskupplungsschaden.

*Prüfer:* Sehen Sie diesen Wagen auf der rechten Kriechspur?

*Fahrschüler:* Das ist ein SPD.

*Prüfer:* Woran erkennen Sie das?

*Fahrschüler:* Es sitzt niemand am Steuer, und die Blinker zeigen gleichzeitig nach rechts und links.

*Prüfer:* Jetzt geht er in eine scharfe Rechtskurve ...

*Fahrschüler:* Engholm muß versehentlich ins Steuer gegriffen haben.

*Prüfer:* Aber warum bleibt der SPD-Wagen jetzt am rechten Straßenrand stehen?

*Fahrschüler:* Wahrscheinlich hat die Basis Sand ins Getriebe geworfen.

*Prüfer:* Was ist das für ein pechschwarzer Wagen, rechts von uns?

*Fahrschüler:* Das ist ein von Waigel gesteuerter CSU.

*Prüfer:* Und warum gibt Waigel verzweifelt Winkzeichen?

*Fahrschüler:* Er versucht, die Auto-Union nach rechts abzuschleppen.

*Prüfer:* Was verspricht sich Waigel von diesem Manöver?

*Fahrschüler:* Er möchte den Reps von Schönhuber rechts überholen.

*Prüfer:* Hat er Aussicht auf Erfolg?

*Fahrschüler:* Keine. Rechts vom Reps ist nur noch die Wand.

*Prüfer:* Wer lenkt den Staatswagen vorne rechts?

*Fahrschüler:* Am Steuer sitzt jedenfalls der Kanzler.

*Prüfer:* Und was bekommt er gerade von seinem Beifahrer Schäuble zu hören?

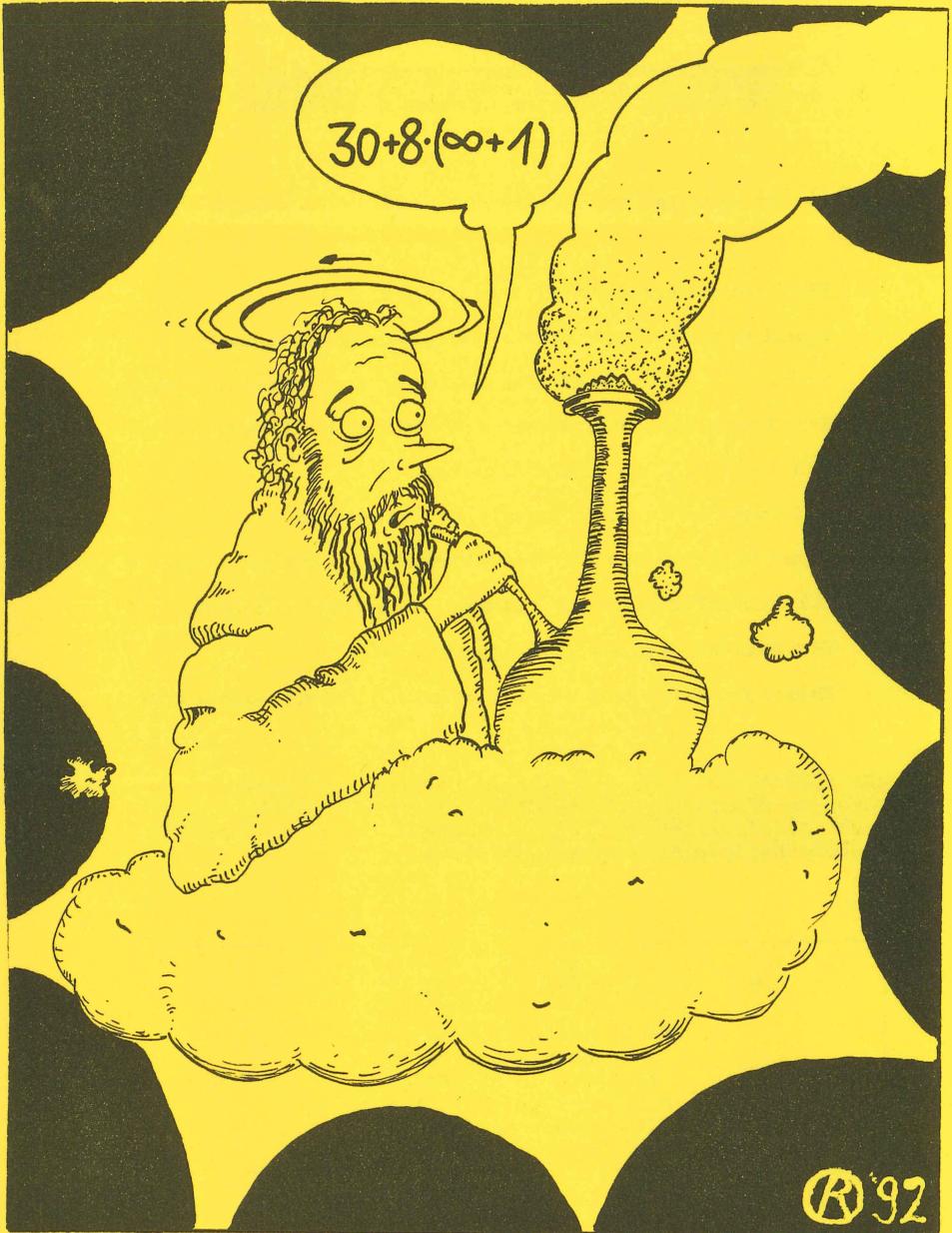
*Fahrschüler:* „Händigen Sie mir unauffällig Ihren Führerschein aus, und lassen Sie mich ans Steuer. Sie sind fahruntüchtig!“

Die Zeit, 18.09.92

Presse Presse

# SPIEL & WELT

**BRETT-, DENK- UND KNOBELSPIELE AUS ALLER WELT**  
Kuttlerstraße 4 · 8520 Erlangen · Telefon 091 31/20 89 55



Auf die Frage nach dem Sinn des Lebens gab uns Prof. Dr. Schweb eine Antwort, die uns nachdenklich und betroffen machte...

## Karriere im Blickfeld

Heute planen und vorsorgen mit ZSH

- Bewerbungsstrategien
- Existenzgründungsberatung
- Vermögenswirksame Leistungen
- Private Krankenversicherung
- Altersversorgung
- Finanzierungskonzepte
- Betriebswirtschaftliche Analysen
- Absicherung des Betriebes
- Steuersparprogramme
- Baufinanzierungen, Bausparen

*ZSH bietet unabhängige Entscheidungshilfe zur Optimierung Ihrer Berufsplanung. Diese Objektivität ermöglicht erst eine individuelle Versorgungsanalyse und die Ausarbeitung kostengünstiger Finanzierungssysteme.*

Zech & Schneider - Helmholtz G m b H

Geschäftsstelle Erlangen  
Ihre Ansprechpartner:  
K. Eberwein, P. Koppe  
Michael-Vogel-Str. 1 d  
Tel.: 09131 / 26028

ZSH Leistung mit Sicherheit seit 1972  
Termine bitte nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung